



Information für die Presse

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Ansprechpartner: **Uta Müller**, MdL
Tel./Fax: (03561) 431020

04.05.2001

Priorität für Hochschulentwicklung – Wissenschaft und Wirtschaft verknüpfen

Am 2. Mai einigten sich die Wissenschaftsarbeitskreise der SPD- Fraktion und CDU- Fraktion im Landtag Brandenburg auf einen gemeinsamen Antrag zur Stabilisierung und Weiterentwicklung der Hochschulen im Land. Uta Müller, die Vorsitzende des , SPD-Arbeitskreises, auf dessen Initiative der Antrag zustande kam, lobte die konstruktive Zusammenarbeit mit den Vertretern der CDU-Fraktion und der ebenfalls anwesenden Ministerin Johanna Wanka. Frau Müller betont, dass Hochschulpolitik unverzichtbarer Bestandteil der Bildungsoffensive der Landesregierung werden müsse, da lebenslanges Lernen Grundlage der Wissens- und Informationsgesellschaft sei. "Wir stehen in der Pflicht, unseren Abiturienten vielfältige und qualitativ hochwertige Studiengänge und Studienplätze zur Verfügung zu stellen. Brandenburg muss mehr Landeskinder für ein Studium begeistern. Vor allem junge Frauen müssen wir für besonders chancenreiche naturwissenschaftlich- technische Studiengänge motivieren."

Eine erfolgreiche Hochschulpolitik lasse sich an der Verbindung von Wirtschaft und Wissenschaft erkennen, meint Uta Müller. "Die Bedeutung der anwendungsbezogenen Forschung an den Hochschulen für die regionale Wirtschaftsentwicklung wird meist unterschätzt- Hochschulen stellen jedoch einen Standortfaktor die Ansiedlung neuer und die Stabilisierung bestehender Unternehmen dar und sind wichtiger Bestandteil der Wirtschaftsförderung", stellt die SPD-Politikerin fest, die auch Mitglied im Wirtschaftsausschuss ist. So fordert sie konsequenter Weise die Landesregierung auf, bei der Vergabe von Fördermitteln diejenigen Unternehmen vorrangig zu berücksichtigen, die intensive Kooperationsbeziehungen mit den Hochschulen des Landes unterhalten.

.. / 2



.. / 2

Aber auch die Hochschulen sollen sich bewegen und mit praxisnahen sowie international ausgerichteten Studiengängen die Studierenden anlocken. Hier seien Abstimmungs- und Kooperationsreserven mit anderen Hochschulen und Forschungseinrichtungen auszuloten und kostengünstige Synergieeffekte zu erzielen. Auch der lukrative Weiterbildungsmarkt solle künftig von den Hochschulen durchdrungen werden. Schließlich weist Frau Müller auf erfolgreiche Unternehmensgründungen durch Studierende hin. Im Antrag werde daher gefordert, allen Studierenden durch Informationsveranstaltungen und Seminare das nötige Know-how zur Unternehmensgründungen zu vermitteln.

Vorausgesetzt, der vorliegende Antrag wird am kommenden Dienstag auf den Fraktionssitzungen beider Fraktionen bestätigt, steht einer Abstimmung auf der Landtagssitzung am 16./17. Mai 2001 nichts entgegen.

Uta Müller